

**Manuel Sarrazin MdB**, Sprecher für Osteuropapolitik

**Claudia Roth MdB**, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages



Bundestagsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: 80 Jahre Überfall der Wehrmacht auf Griechenland - Europas Zusammenhalt stärken und die erinnerungspolitische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Griechenland intensivieren.

→ Ausgangslage – Grüne Position – Fragen und Antworten

24. März 2021

## Ausgangslage

Am 6. April 1941 überfiel die Wehrmacht Griechenland. Bis 1944 begingen Wehrmacht, SS und Gestapo grausame Verbrechen an der griechischen Bevölkerung. Die Ermordung nahezu der gesamten jüdischen Gemeinde, unzählige Massaker an der Zivilbevölkerung, die gnadenlose Ausbeutung der Wirtschaft und Hunderttausende Tote sind die schmerzhafteste Hinterlassenschaft der deutschen Besatzung. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges hat Deutschland die griechischen Forderungen nach Reparationen und Entschädigungen jedoch zum überwiegenden Teil entweder vertagt oder brüsk zurückgewiesen – trotz der immensen deutschen Schuld. Während für die Bundesregierung die Frage rechtlich und politisch abgeschlossen ist, hat Griechenland sie zu keinem Zeitpunkt als erledigt betrachtet.

## Grüne Position

Wir wissen um die deutsche Schuld und unsere historische Verantwortung. Uns ist es wichtig, mit Respekt und auf Augenhöhe unseren europäischen Partnern zu begegnen. Bis heute belastet jedoch der schroffe Umgang Deutschlands mit den griechischen Forderungen die Beziehungen beider Länder. Die einseitige Erklärung seitens der Bundesregierung, die Frage der Reparations- und Entschädigungszahlungen sei abschließend geregelt, wurde von der griechischen Seite oftmals als Demütigung empfunden.

Wir Grüne wollen anerkennen, dass aus griechischer Sicht die Frage nie abschließend geregelt wurde. Die Anerkennung dessen ist jedoch nicht mit einer Anerkennung der griechischen Positionen und Forderungen gleichzusetzen. Vielmehr sollte aus einer historischen, moralischen und politischen Verantwortung heraus versucht werden, gemeinsame Antworten auf noch offene Fragen zu finden. Deshalb fordern wir von der Bundesregierung eine neue erinnerungspolitische Initiative mit konkreten Vorschlägen, unter anderem für einen neuen Umgang mit der Rückzahlungsforderung Griechenlands in Bezug auf die sogenannte Zwangsleihe; für Kompensations- und Entschädigungszahlungen für NS-Opfer, die bislang nicht oder unzureichend entschädigt wurden; für Restitutionen gegenüber den jüdischen Gemeinden Griechenlands; für Zukunftsinvestitionen in die Dörfer und Städte, die zerstört, aber dafür nie kompensiert wurden.

## Fragen und Antworten

### 1. Wollen die Grünen Reparationen zahlen?

Nein. Es geht uns nicht um die Zahlung zwischenstaatlicher Reparationen. Wir wissen um die Komplexität dieser Frage und die existierenden konträren Rechtsauffassungen. Vielmehr ist es uns wichtig, anzuerkennen, dass Griechenland die Frage von Reparationen und Entschädigungen zu keinem Zeitpunkt als abschließend erledigt betrachtet hat. Uns ist es wichtig – wie auch im Antrag formuliert – aus einer historischen, moralischen und politischen Verantwortung heraus

mehr zu tun als es bisherige Bundesregierungen getan haben. Wir wollen auch im schwierigen Bereich der Geschichtspolitik gemeinsame Antworten auf noch offene Fragen finden. Es darf keinen Schlussstrich unter die gemeinsame Geschichte geben.

## **2. Warum kommt dieser Antrag ausgerechnet jetzt?**

Am 6. April 2021 jährt sich zum 80. Mal der Überfall der Wehrmacht auf Griechenland. Dieser Jahrestag ist uns wichtig. Denn: Schuld und historische Verantwortung verjähren nicht. Diese Überzeugung kann gerade in diesen Zeiten - mit einer rechten Partei im Bundestag und rechtem Terror in Deutschland - nicht oft genug betont werden. Uns ist wichtig, unseren europäischen Partnern mit Respekt und auf Augenhöhe zu begegnen. Wir wissen, wie sehr das deutsche Verhalten die griechische Seite gekränkt und gedemütigt hat.

Außerdem haben wir vor Augen, dass jeden Tag weitere Überlebende aufgrund ihres hohen Alters sterben. Ein neuer Umgang mit der Vergangenheit kann daher nicht länger auf morgen warten.

## **3. Was wollen die Grünen?**

Zunächst wollen wir den Ton in der Debatte und den Umgang mit den griechischen Forderungen ändern. Wir wollen mit mehr Demut und mehr Respekt der griechischen Seite begegnen. Es ist uns ein Anliegen, gemeinsame Antworten auf noch offene Fragen zu finden. Eine besondere Rolle wird dabei die sogenannte Zwangsanleihe spielen. Hier sollte die Bundesregierung einen Vorschlag für einen neuen Umgang mit der Rückzahlungsforderung Griechenlands unterbreiten. Darüber hinaus sollten - wie im Antrag formuliert - auch Vorschläge unter anderem in Bezug auf ausgebliebene oder unzureichende Kompensations- und Entschädigungszahlungen sowie Zukunftsinvestitionen für damals zerstörte Dörfer unterbreitet werden.

## **4. Welche Summe schwebt den Grünen vor?**

Zum jetzigen Zeitpunkt eine gegriffene Zahl zu nennen, wäre vermessen und würde erneut das Vertrauen Griechenlands in einen respektvollen Umgang mit diesen Fragen erschüttern. Die griechischen Forderungen in dreistelliger Milliardenhöhe machen wir uns jedoch explizit nicht zu eigen.

## **5. Was kritisieren wir am Verhalten bisheriger Bundesregierungen?**

Verhalten und Ton der Bundesregierung waren der Schwere deutscher Schuld oftmals nicht angemessen. Obwohl die griechische Seite regelmäßig deutlich machte, dass die Frage von Reparationen und Entschädigungen nicht erledigt ist, erfuhren sie aus Deutschland vor allem eines: Ablehnung. Für die Bundesregierung ist die Frage seit Inkrafttreten des „Zwei-plus-Vier-Vertrages“ rechtlich und politisch abgeschlossen. Diese Position ist völkerrechtlich allerdings umstritten. Auch die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages kamen in einem Gutachten zu dem Schluss, dass sie „keineswegs zwingend“ sei.

## **6. Geht es im Antrag um eine juristische oder gar gerichtliche Klärung?**

Nein. Wir wissen um die unterschiedlichen Rechtsauffassungen und wir wissen, dass Deutschland gerichtlich nichts zu befürchten hat. Wir machen uns in diesem Antrag auch keine der beiden Positionen zu eigen. Vielmehr ist es uns wichtig, dass Deutschland seiner historischen, politischen und moralischen Verantwortung stärker als bislang gerecht wird. Das sind wir den Opfern, den Hinterbliebenen und ihren Familien schuldig.

## **7. Haben Bundesregierungen keinerlei Entschädigungen an Griechenland gezahlt?**

Bisherige Zahlungen entsprachen sehr symbolischen Beträgen wie die Entschädigungszahlungen im Rahmen des deutsch-griechischen Vertrags von 1960 in Höhe von 115 Mio. DM. Deutschland beteiligte sich zudem, gemeinsam mit deutschen Unternehmen, am Kapital der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft, die zwischen 2000 und 2006 humanitäre Leistungen, auch an ehemalige griechische Zwangsarbeiter\*innen, auszahlte. Darüber hinaus finanziert die Bundesregierung auch Erinnerungsprojekte, beispielsweise im Rahmen des Deutsch-Griechischen Zukunftsfonds, der in Griechenland mancherorts umstritten ist, da die Einbindung in Entscheidungsprozesse als unzureichend empfunden wurde/wird.

## **8. Sollen bilaterale Verhandlungen aufgenommen werden?**

Es geht uns nicht um die Aufnahme offizieller Verhandlungen zwischen den Regierungen. Vielmehr fordern wir von der Bundesregierung, dass sie in Zusammenarbeit mit Expertinnen und Experten konkrete Vorschläge zu den noch offenen Fragen erarbeitet und mit den Ergebnissen auf die griechische Seite zugeht.